

Pressemitteilung

Vollbefragung nun plötzlich die Kienbaum-Tätigkeit betroffen sein soll“.

Greve und Boeddinghaus fordern, dass die von der Politik gegenüber den Pflegekräften als grundsätzliche Überprüfung der Pflegekammer versprochene Evaluation tatsächlich grundlegende Fragestellungen miteinbezieht. *„Wir fordern im Rahmen der unabhängigen Evaluation eine Vollbefragung aller bei der Pflegekammer zur Beitragszahlung verpflichteten Mitglieder“*, unterstreicht Christa Greve mit Blick auf Schleswig-Holstein, wo eine Befragung aller Pflegekräften zur Akzeptanz der dortigen Pflegekammer bereits beschlossen wurde.

Die Kritik bezieht sich auch darauf, dass der Landtag bislang darauf verzichtet, die Beitragsfreiheit dauerhaft abzusichern, obwohl das Pflegekammergesetz im Landtag am 19. Dezember Thema war. *„Ein klarer Beschluss über die dauerhafte Beitragsfreiheit wäre ein erster Schritt zur Abschaffung der verfehlten Pflegekammer insgesamt. Er wäre ein wichtiges Signal an die Pflegekräfte gewesen, die bislang keine Rechtssicherheit für die Zukunft haben“* erklärt Christa Greve. *„Die Pflegekräfte werden im Unklaren gelassen, ob es sich zumindest um eine dauerhafte verlässliche Beitragsfreiheit oder nur um eine zeitweilige Beitragsbefreiung zur Befriedung des Protestes handelt,“*, so Greve weiter.

Von der Forderung, dass der Beirat eine ergebnisoffene Evaluation sicherstellen soll, in der auch nach der grundsätzlichen Akzeptanz der Kammer und nicht nur nach der Arbeitsweise gefragt wird, rücken Greve und Boeddinghaus nicht ab. Welche Bedeutung dem Beirat noch zukommen soll, wenn wesentliche Festlegungen im Ministerium gerade ohne Einbeziehung des Beirates vorab getroffen werden soll, können beide nicht nachvollziehen. Für Greve und Boeddinghaus ist klar: *„eine Befriedung der Situation um die Pflegekammer wird es in Niedersachsen ohne eine Befragung aller Mitglieder zur Akzeptanz der Kammer nicht geben können“*. Ob eine weitere Mitarbeit unter den vom Ministerium weiter beschränkten Möglichkeiten Sinn macht, wollen Christa Greve und Kai Boeddinghaus nun in Absprache mit ihren Organisationen klären.

Zum Hintergrund:

Der Bundesverband für freie Kammern e.V. (bfff) setzt sich für die Abschaffung der Zwangsmitgliedschaft in den Kammern ein. Seit 2012 gibt der bfff dazu einen jährlichen Kammerbericht heraus. Hinsichtlich der im Koalitionsvertrag zwischen SPD und CDU vereinbarten Evaluation der Pflegekammer in Niedersachsen hat das Niedersächsische Sozialministerium einen Beirat berufen, der die Evaluation begleiten soll.